

uns zur permanenten Distanzierung von einem unserer Landesverbände, lassen Mitglieder an der Mitgliedschaft zweifeln oder austreten und bringen uns womöglich noch rechtlich in die Bredouille. Wie anders lässt sich verbandsschädigendes Verhalten definieren?

22. Wollen wir tatsächlich warten, bis weitere Mitglieder unseren Verband entsetzt, enttäuscht oder verzweifelt ob des blinden Berliner Tag-Y-Aktionismus verlassen? Wollen wir wirklich zähneknirschend hinnehmen, dass das Ansehen der DFG-VK als eine ernst zu nehmende Friedensorganisation mehr und mehr an Glaubwürdigkeit verliert und unser Verband friedenspolitisch am Ende ist?

23. (...) Wollen wir mit unseren Kampagnen und Aktionen verantwortungsvoll auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss nehmen? Oder wollen wir uns, ganz im Sinne des LV BB, radikalisieren und damit politisch isolieren? Wenn wir uns nicht entscheiden, werden wir zu einer Randgruppe der Friedensbewegung verkommen, die sich über Jahre hinweg mit sich selbst beschäftigt, dementspre-

chend an politischem Gewicht und sukzessive Mitglieder verliert.

24. Die »Tag Y«-Aktion belegt die dringende Notwendigkeit der Aktualisierung unseres Grundsatzzprogramms. Im Passus »Mittel gewaltfrei« gilt es ergänzend festzuschreiben, dass die Freude über die Tötung von Menschen kein Mittel der DFG-VK sein kann und uns die friedensethische Verantwortung das Leben aller Menschen achten lässt.

25. Zum Zeitpunkt, da ich diesen Text verfasse, ist die entwürdigende Aktion angekündigt, jedoch nicht vollzogen, da seither kein Bundeswehrsoldat bei einem der Kampfeinsätze getötet worden ist. Spätestens in dem Moment, da die Berliner BamM- und DFG-VK-Aktiven die angekündigte Aktion des Schampussaufens in die Tat umgesetzt haben, wird der BSK über ein Ausschlussverfahren wegen verbandsschädigenden Verhaltens befinden müssen. Gemäß § 5 (3) c unserer Satzung sind wir hierzu berechtigt (»in dringlichen Fällen entscheidet der BundessprecherInnenkreis«). (...)



Kai-Uwe Dosch

War Resisters – einigt euch!

Thesenpapier über notwendige Unterschiede und mögliche Gemeinsamkeiten

Die Friedensbewegung ist schwach. Darum sollte sie sich nicht auch noch dadurch selber schwächen, dass sie sich unnötig spaltet. Die Friedensbewegung ist gegen Krieg. Darum sollte sie sich nicht auch noch selber bekriegen. Wie oft haben wir das gehört. Wie gerne würden wir dem zustimmen. Doch leider ist die Realität – einschließlich Friedensbewegung – komplexer. Weil wir so friedlich sind, müssen wir uns manchmal selber daran erinnern, dass Konflikte notwendig sind, dass ihre gütliche Regelung nur möglich ist, wenn verschiedene Interessen erkannt und anerkannt werden. Ein Grundsatz, der für Staaten wie für Bewegungen und Verbände gilt.

Die Friedensbewegung ist sicher immer eine Bewegung gegen bestimmte Kriegs- und Rüstungspläne. So war das zur Zeit der so genannten Nachrüstung. So war das zur Zeit der Golfkriege. Doch die Gründe für die Beteiligung an dieser Bewegung sind wohl immer unterschiedlich.

Einer ist ganz einfach deshalb gegen den Krieg im Irak, weil er jeden Krieg ablehnt. Denn jeder Krieg bedeutet den Tod des einen für die Überzeugung des anderen. Denn der Tod bedeutet das Ende aller anderen Möglichkeiten. Wer den Wert des Lebens im Zweifel über alle anderen Werte stellt, der ist ein Pazifist. Alle Menschen von diesem Wert überzeugen, das will der Pazifismus.

Doch wer gegen Krieg ist, muss auch gegen die Ursachen von Kriegen sein. Darum haben der Dachverband der War Resisters' International und auch sein Mitgliedsverband Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen diese Grundsatzklärung angenommen: »Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.«

Und an dieser Stelle wird es ein bisschen kompliziert. Vor allem zwei Ursachenzusammenhänge können unterschieden werden: Entweder fokussiert man die politischen Ursachen des Krieges und bekämpft Militär und Militarisierung – oder man bezieht sich auf die sozialen Ursachen des Krieges und streitet gegen alle Arten von Gewalt und Herrschaft. Ersteres nennen wir Antimilitarismus, letzteres Gewaltfreiheit.

Antimilitarismus und Gewaltfreiheit

Antimilitarismus richtet sich, wie schon der Name sagt, gegen Militarismus, also die Verabsolutierung des Militärischen zum höchsten Wert der Gesellschaft und/oder Politik, die Erhöhung des Prinzips von Befehl und Gehorsam zur einigenden Gemeinschaft sowie die Stilisierung von Töten und Getö-

tet-Werden zum heroischen Martyrium. Militarismus ist oft verbunden mit Nationalismus und Sexismus, wohingegen sich Antimilitarismus häufig auf Sozialismus oder Anarchismus bezieht. Darum steht er tendenziell in der Gefahr, in intranationalen Kriegen, in denen sich eine Regierungsarmee und eine oppositionelle Guerilla bekämpfen, die »linke« Gewalt der »rechten« Gewalt vorzuziehen.

Gewaltfreiheit unterscheidet sich von Gewaltlosigkeit dadurch, dass sie nicht nur eine Aktionsform, sondern eine Weltanschauung darstellt. Sie richtet sich sowohl gegen kollektive, gegen individuelle als auch gegen strukturelle Gewalt. Darum steht sie tendenziell in der Gefahr, internationale Kriege, in denen sich Regierungsarmeen bekämpfen, zu vernachlässigen.

Entsprechend dieser unterschiedlichen Ansätze ist die Friedensbewegung – sowohl weltweit, als auch in Deutschland – aufgliedert in mehrere Richtungen und Bündnisse.

■ Differenzierung

Weltweit zeigt sich diese Differenzierung, um nicht zu sagen Spaltung, in den beiden Netzwerken War Resisters' International (WRI) und International Peace Bureau (IPB). Wie die Namen schon andeuten steht das erste für eine eher antimilitaristische Linie, das zweite für eine eher pazifistische. Doch damit nicht genug der Probleme, hat sich in der WRI eine starke Linie der Gewaltfreiheit entwickelt, die sich mit der des Antimilitarismus nicht immer verbindet. Beispielsweise lautete der Titel der letzten internationalen Konferenz der WRI im Januar in Indien zwar »Gewaltfreier Überlebenskampf und globaler Militarismus«. Doch erstens ging es viel eher um Themen der Gewaltfreiheit als Themen des Antimilitarismus und zweitens wurden beide eher getrennt als verbunden gesehen.

Jürgen Rose: Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt? Verlag Ossietzky, Hannover 2009; 270 Seiten, 20 € (ISBN 978-3-9808137-2-3)

Praktisch mit dem Ende seiner beruflichen Laufbahn als Berufsoffizier – seit wenigen Wochen ist der Bundeswehr-Oberstleutnant im Ruhestand – legt Jürgen Rose eine faktenreiche, umfassende, schlüssige und dabei vernichtende Kritik der deutschen Kriegspolitik vor.

Den LeserInnen von **Forum Pazifismus** ist Rose durch zahlreiche Artikel als wortgewaltiger Autor und Meister geschliffener Formulierungen bekannt, was er in seinem Buch – und ja bereits schon mit dem Titel – bestätigt. Ein besonders gelungenes Beispiel ist seine Kritik an der Verwendung des Begriffs der »humanitären Katastrophe«, zu dem er anmerkt, dass dieser »eine Contradictio in adiecto – man könnte auch sagen: groben Unfug – darstellt und vor allem eines illustriert: die intellektuelle Im-

Bundesweit gibt es die beiden Bündnisse Netzwerk Friedenskooperative (bzw. die von ihm initiierte Kooperation für den Frieden) und Bundesausschuss Friedensratschlag. Das »Netzwerk« stammt eher aus gewaltfrei-pazifistischer, alternativer Tradition, der »Ratschlag« eher aus antimilitaristisch-pazifistischer, linker Tradition. Beide arbeiten zwar bei bestimmten Themenstellungen, z.B. beim Protest gegen den Afghanistan-Krieg zusammen. Doch die einen plädieren dabei eher für zivile Konfliktbearbeitung, die anderen eher gegen militärische Intervention.

Der Verband der DFG-VK steht sowohl weltweit als auch bundesweit zwischen beiden Richtungen und Bündnissen, weil er selbst schon beide Richtungen vereint. Diese Vielfalt drückt sich auch aus in seiner föderalen Struktur, im Aufbau des Bundesverbandes aus mehreren Landesverbänden. So kann es einerseits eine Pluralität der Richtungen der Landesverbände geben, in der jeder eigene Schwerpunkte setzt. Doch es muss andererseits insgesamt auch einen Konsens der Richtungen geben, ohne den der Verband zerfällt. Das DFG-VK-Grundsatzprogramm stellt diesen politischen Konsens dar. In der praktischen Umsetzung muss dieser so aussehen, dass jede Richtung die äußersten Grenzen der anderen Richtungen kennt – und respektiert und akzeptiert. Wenn es Unklarheiten und Streitigkeiten gibt, muss zuerst ein neuer Konsens gesucht werden, anstatt das Problem administrativ oder über Mehrheitsentscheidungen vermeintlich lösen zu wollen. Wenn ein solcher Konsens nicht gefunden werden kann, dann sollte über eine – möglichst gütliche – Trennung gesprochen werden.

Kai-Uwe Dosch ist Forum Pazifismus-Redakteur und aktiv in der DFG-VK.



potenz desjenigen, der ihn benutzt. Eine Katastrophe mag schrecklich, riesig, grauenhaft oder was auch immer sein, eines ist sie auf gar keinen Fall: humanitär.« Gut, es so auf den Punkt zu bringen und den Kriegsbefürwortern ihre mit falschem Deutsch begründeten falschen Kriege vorzuhalten.

Dieses Beispiel zeigt aber gleichzeitig auch, dass Rose seine Klugheit gerne besonders präsentiert und das oft mit lateinischen Redewendungen garniert. Diese Eitelkeit ist häufig genau eine Spur zu viel. Ebenso wie die immer wieder anzutreffende ätzende Polemik, so beispielsweise, wenn der SPD-Militärexperte Rainer Arnold als »Westentaschen-Noske« bezeichnet wird; der »verteidigungspolitische Sprecher« der SPD-Bundestagsfraktion redet meistens viel und sagt dabei wenig, ob er sich aber mit dem SPD-Reichswehrminister Gustav Noske (»Einer muss den Bluthund machen!«), der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl